

**Haushaltsrede**  
**von Herrn Stadtrat Wolfgang Lachenauer**  
**zur Einbringung der Änderungsanträge zum Doppelhaushalt 2011/2012**  
**im Gemeinderat am 10.02.2011**

**Es gilt das gesprochene Wort.**

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,

ich fange mal hinten an. Die Heidelberger werden einer Grundsteuererhöhung nicht zustimmen. Die Heidelberger werden im Bereich der Kulturzuschüsse die Kürzung von 10 % nicht mitmachen, sondern sie auf 5 % zurücknehmen wollen. Wobei man speziell bei der Volkshochschule und insbesondere im DAI durchaus nachdenken kann und muss, ob das dort überhaupt eine Kürzung geben soll. Die Heidelberger werden sich dafür einsetzen, haben auch die Anträge gestellt, die laufende Straßeninstandhaltung auch in diesem Jahr - trotz des Sonderprogramms des Herrn Oberbürgermeisters - zu erhöhen und in derselben Höhe dann im folgenden Jahr weiterhin die Mittel für die Straßeninstandhaltung in dieser Größenordnung von mehr als einer Million zu erhöhen.

Die Heidelberger werden die Kürzung im Sportförderungsprogramm nicht mitmachen. Wir wollen hier den Betrag auf dem Stand von 2009 haben. Wir werden die Mittel für die Seniorenarbeit nicht kürzen. Wir wollen sie erhöhen. Wir wollen die Mittel für die Stadtteilvereine und zur Brauchtumpflege erhöhen. Wir wollen, dass es Mittel gibt für ein Gewerbeflächenmanagement bei den US-Flächen. Und wir wollen den Tiefburgvorplatz angehen. Und wir wollen die Verschuldung senken. Und womit machen das die Heidelberger? Mit dem Prinzip Hoffnung? Aber meine Damen und Herren, insbesondere im Grünenlager, Sie haben es ja schon angesprochen. Unser Oberbürgermeister hat uns in einer ganz, ganz schwierigen Zeit einen Haushaltsentwurf vorgelegt, bei dem er Sage und Schreibe 107 Millionen € auf der Ausgabenseite einsparen muss. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Aber das Prinzip Hoffnung besteht auf dem, was Sie vorhin schon erwähnt haben. Meine Damen und Herren, die Kürzungen werden wohl nicht in dieser Höhe eintreten. Und dass, was ich Ihnen gerade gesagt habe, geht in eine Größenordnung von ca. 5 bis 6 Millionen €. Wenn Sie selbst davon sprechen, dass wir mit einer Weniger-Kürzung von 12 Millionen € zu rechnen haben, dann bleiben 6 Millionen €, um die Verschuldung zu senken. Und das ist doch ein hervorragendes Ergebnis und das müssen wir übrigens auch unserem Herrn Oberbürgermeister zugutehalten. Denn meine Damen und Herren, kritisieren Sie doch bitte nicht, dass er die Gewerbesteuererinnahmen so vorsichtig schätzt, der Herr Oberbürgermeister und unser Kämmerer. Es ist doch besser so, als dass wir im Laufe des Jahres oder nächstes Jahr gezwungen werden, einen Nachtragshaushalt vorzulegen, wo wir noch mehr Schulden aufnehmen müssen. Wie hier vorgegangen wird, das hat eine lange Tradition. Schon unter der Frau Weber und dem Herrn Kämmerer Lenz wurde es so gehandhabt und es ist eine gute Handhabung und sie hat sich immer als sinnvoll herausgestellt.

Nach diesen fundamentalen Ausführungen wollte ich dann doch nochmal auf etwas hinweisen. Einen solchen Haushalt vorlegen zu können, und der ist immer noch genehmigungsfähig, ist ein großer Erfolg und eine fast Einzigartigkeit hier in Baden-Württemberg, insbesondere in Deutschland. Und wenn ein Kollege hier vorhin vorgelesen hat, was der Rechnungshof - das Regierungspräsidium - geschrieben hat, dann kann ich Ihnen nur sagen, dieses Schreiben kriegen alle baden-württembergischen Städte schon seit vielen Jahren. Und wir das erste Mal in einer Sondersituation, die nicht hausgemacht ist. Und übrigens auch die Bundesregierung, egal welcher Farbe, kann glaube ich nichts dafür, dass die Finanzkrise - nicht die Wirtschaftskrise - uns so beutelt. Aber das hat schon der Herr Westerwelle vor einem dreiviertel Jahr gesagt und keiner konnte ihm widersprechen. Die Einnahmen werden in den Jahren 2013/2014 wieder wie 2009 sprudeln. Deshalb müssen wir ein Tal durchschreiten und deswegen rufe ich auch denjenigen zu, die jetzt gerade im Kulturbereich mit Zuschusskürzungen zu rechnen haben.

...

Wir haben auch die Verantwortung und wir tragen die erst dann, wenn es wieder besser wird, auch wieder die bisherigen Beträge ihnen zufließen sollen. Das ist ein Versprechen denke ich, das kann jeder hier im Raum abgeben. Wir wollen auch betonen, dass trotz dieses enormen Einnahmeausfalls in den Bereichen Kleinkinderbetreuung, Familie und Bildung nicht eingespart worden ist. Und das ist ein toller Erfolg. Und wenn man vergleicht, dass in diesem Haushaltsentwurf bei den Verwaltungsausgaben die Stadtverwaltung Heidelberg selbst 19 Millionen € einspart, dann wissen Sie meine Damen und Herren, das ist Arbeitsverdichtung bei den städtischen Mitarbeitern, Ausdünnung bei der Anzahl der Mitarbeiter. Und hier muss ich sagen zum einen ein großes Dankeschön an die Mitarbeiter dieser Stadtverwaltung, aber wir haben auch die Verantwortung, dafür zu sorgen, dass nicht nur die Mitarbeiter der Stadtverwaltung diese Last tragen, sondern dass es gerecht verteilt wird. Und Sie wissen ganz genau, wenn es gerecht verteilt wird, dann wird es auch akzeptiert.

Und da stößt mir der ein oder andere Lobbyantrag kräftig auf, zum Beispiel wie die Studenten hier besonders behandelt werden mit diesem Begrüßungsgeschenk. Wobei man sagen muss, Herr Donndorf, Ihre Berechnung ist ganz toll. Wenn man davon ausgeht, dass 80 % aller Studenten sich aber sowieso in Heidelberg mit einem ersten Wohnsitz anmelden, weil es übrigens auch nach dem Recht der erste Wohnsitz ist, dann verschenken Sie in 80 von 100 Fällen dieses Geschenk für die Luft, ohne einen Erfolg zu haben oder andersherum gesagt, für einen Erfolg, den Sie sowieso bekommen hätten, ohne dieses Geschenk zu machen. Das nenne ich Lobbypolitik und bei so was machen wir nicht mit.

Meine Damen und Herren, in den Jahren 2000 bis 2006 hat die Stadt Heidelberg jährlich im Schnitt 38 Millionen € an Investitionen ausgegeben. Ich glaube ich brauche nicht zu betonen, wie wichtig es ist, dass eine Stadt investiert. Das hat nichts mit Großprojekten zu tun. In der Zeit des Herrn Oberbürgermeister Dr. Würzner hat sich allerdings dieser Betrag auf 70 Millionen € pro Jahr erhöht. Das nenne ich Stadtentwicklung, ein Vorankommen. Der Verschuldungsgrad dieser Stadt - das ist etwas was uns auch nicht gefällt, aber da sind wir natürlich nicht alleine hier im Haus - ist noch im Durchschnitt der neuen baden-württembergischen Großstädte, und unter denen sind wir an drittletzter Stelle. Es ist natürlich richtig, wenn hier gesagt wird das ist kein Maßstab, wir sollen gut sein, wir sollen besser sein, aber wenn man bei den Besten ist, dann ist es schwierig der Allerbeste zu werden. Aber daran können wir gerne arbeiten.

Lassen Sie mich noch ein paar Worte verlieren zu den Anträgen von Grün, egal welche Helligkeit Grün hat. Es ist eine neue Erfahrung, dass Grün die Steuererhöhungspartei ist, nicht nur Grundsteuer, sondern jetzt auch noch die Gewerbesteuer oben drauf, damit man das Geld hat, um weiter umverteilen zu können. Und wie vorhin gesagt, die Notwendigkeit gibt es nicht. Aber es ist eine Erfahrung und ich rufe Ihnen deutlich zu, Sie wissen - und das hat schon vor mir jemand hier an diesem Pult gesagt - diese Grundsteuererhöhung trifft jeden in Heidelberg, Mieter wie Eigentümer. Und Sie bejammern doch immer dieses hohe Mietniveau. Deutschlandweit liegen wir ganz oben. Und da wollen Sie noch eins drauf setzen? Aus grüner Sicht? Da lobe ich mir die SPD, die diesen Schritt auch nicht mitmacht. (Entschuldigung, wenn ich mal Beifall von der falschen Seite bekomme. Nein, es ist kein historisches Ereignis, ich habe sogar manchmal mit Frau Weber zusammen gestimmt).

Aber es ist schon bezeichnend und es ist für mich, und da nehme ich gerne die Worte von Frau Dr. Trabold auf, ein Zeichen, dass es da drüben keinen Rot-Rot-Grünen festgefügt Block gibt, sondern dass durchaus auch da und dort mache Dinge doch ganz sachlich gesehen werden, ohne dass man alles gleich gegen den Herrn Oberbürgermeister machen muss - Hauptsache es ist gegen den Herrn Oberbürgermeister. Übrigens, wenn ich mir vorhin angehört habe, was die Stadt Heidelberg alles Gutes gemacht hat, dann sind das anscheinend immer wir gewesen und alles was schlecht ist, ist der Herr Oberbürgermeister gewesen. Umgekehrt stimmt es natürlich auch nicht, aber ich denke, man sollte die Kirche im Dorf lassen.

Und dann komme ich noch zu den Stadtwerken. Also mir hat jetzt ein bisschen was gefehlt. Erstens mal, die Stadtwerke waren in einem desolaten Zustand unter der Ägide von Frau Weber. Und es gibt Arbeitnehmer, die sich beim Oberbürgermeister dafür bedankt haben, dass er dafür gesorgt hat, dass der Arbeitsplatz bei den Stadtwerken erhalten bleibt. Und das, Sie wissen es meine Damen und Herren, das hat uns auch der Geschäftsführer letzte Woche erzählen können. Aber dann reden Sie bitte nicht von einem Umbau, den Sie jetzt machen wollen, zu einem Zeitpunkt wo die Stadtwerke die Talsohle gerade mal erreicht haben, oder unter der neuen Führung - und das ist auch erwähnenswert - wieder dabei sind, Gewinne zu machen. Nur, was hilft es denn? Das Thema HSB wollen Sie nicht angehen, 30 Millionen € pro Jahr. Sie wissen, in drei Jahren, wenn das so weiter geht, haben unsere Stadtwerke, der Konzern, kein Eigenkapital mehr. Aber dann mit einem Kapitalzuschuss einfach Verluste zu subventionieren, das geht einfach, wie wenn Sie es aus dem Fenster schmeißen. Das ist doch nicht die Lösung.

Ich will jetzt nicht das Thema Liniennetzoptimierung - oder was man daraus gemacht hat - hier ansprechen, aber mit Vorrangschaltungen werden Sie doch die 30 Millionen nicht ernsthaft runterrechnen können. Da muss sehr viel genauer hingeguckt werden und da müssen auch Einschnitte gemacht werden. Denn Sie sagen immer bezahlbarer Wohnraum - ich sage bezahlbarer, öffentlicher Nahverkehr. Und das soll man dem Bürger auch sagen. Ich glaube der Bürger ist gar nicht so dumm.

Ja und dann kommt der Tunnel. Da hält der eine oder andere den Bürger anscheinend für so dumm, dass er ihn ja nicht entscheiden lassen will. Und meine Damen und Herren, Sie haben es ja richtig erwähnt, in diesem Haushalt ist für den Tunnel kein Euro Ausgabe drin. Das heißt, die von Ihnen so schlimm beschworene Verschuldung und deren Anstieg hat eigentlich mit dem Tunnel nichts zu tun. Aber sprechen Sie doch mal mit jemandem, der in Köln oder Düsseldorf gewohnt hat, bevor dort die Uferpromenaden gemacht worden sind, bevor dort die Straßen unter die Erde gekommen sind. Fragen Sie mal Leute, die den Zustand davor und danach kennen. Da werden Sie keinen erwischen, außer vielleicht jemanden wie Herrn Cofie-Nunoo - aber vielleicht ist das auch eine Frage des Alters -, wie man das dann gesehen hat. Das sind Investitionen. Wir wissen doch, dass eine Investition in eine Straße eine Frage der Entwicklung einer Stadt ist. Das können Sie nicht als Profitcenterrechnung machen. Und es machen uns so viele andere vor.

Da muss ich wirklich sagen, liegen die anderen alle falsch, die sich ihre Tunnels erkämpft und über lange Jahre finanziert haben? Wenn man das gescheit finanziert, dann funktioniert das auch. Wir haben immerhin, ich habe es vorhin erwähnt, im Finanzhaushalt ein Investitionsvolumen von ca. 80 Millionen € pro Jahr. Wenn man diese Tunnelinvestitionen über mehrere Jahre streckt ist das durchaus bezahlbar. Da muss man sich natürlich auf diese Dinge fokussieren und muss das eine oder andere, was man vielleicht auch machen will, mal hinten anstellen. Das ist einfach eine Frage der Priorität, aber nicht der fehlenden Machbarkeit. Und es ist das größte Projekt, was diese Stadt seit vielen Jahren, oder schon Jahrzehnten, diskutiert meine Damen und Herren.

Meinen Sie nicht auch, wir sollen den Bürger darüber jetzt endlich mal entscheiden lassen, was er dazu meint; bevor wir uns hier mit wechselnden Mehrheiten - alle fünf Jahre mal ja, mal nein - damit rumschlagen? Dann lassen Sie uns den großen Wurf machen. Frau Trabold hat es erwähnt, das muss durchgeprüft werden. Es soll eine Chancengleichheit sein und wenn es halt 2 bis 3 Monate länger dauert. Und wenn es 50.000 oder 100.000 Euro mehr kostet als man denkt, dann sollen diese Alternativen gleichwertig aufgearbeitet sein. Hinterlegt mit dem entsprechenden Resultat, wie die Finanzierung sein kann und was am städtischen Haushalt hängen bleibt? Und dann hat der Bürger Entscheidungsgrundlagen und kann entscheiden. Da sollten Sie nicht im Weg stehen.

Vielen Dank.